

„Wirtschaftlichen Schaden minimieren“

GFL will Ausstieg aus Kraftwerksvorhaben

Lünen. Wenige Tage nach der Evonik-Entscheidung, die Realisierung des Kraftwerksvorhaben „Herne 5“ zu verschieben, wird erneut die Wirtschaftlichkeit des geplanten Kohlekraftwerkes der Trianel-Gruppe in Lünen angezweifelt. Die Wählergemeinschaft „Gemeinsam Für Lünen“ (GFL) ist sicher: „Die Wirtschaftlichkeit ist nicht gegeben und das wirtschaftliche Risiko für die Stadt Lünen nicht vertretbar.“

Es sei nicht nachvollziehbar, dass in ganz Deutschland Kohlekraftwerksvorhaben wegen nachgewiesener Umwelt- und Gesundheitsbelastungen oder aufgrund von Unwirtschaftlichkeit gestoppt würden, „und dennoch in Lünen die Zeichen immer noch auf 'Grün' stehen“, so GFL-Vorsitzender Prof. Dr. Johannes Hofnagel und GFL-Vorstand und Banker Joachim Wilmes.

Schließlich seien nicht nur für „Herne 5“, sondern auch für das Trianel-Projekt in Lünen die Investitionskosten von ursprünglich 750 Millionen Euro erheblich gestiegen. Davon gehe die GFL jedenfalls fest aus - auch wenn Trianel genaue Angaben nicht publiziere. Wörtlich heißt es in dem GFL-Papier: „Durch den Anstieg der Investitionskosten sind ein Anstieg der Eigenkapitalfinanzierung und eine Erhöhung der Eigenkapitalrendite infolge des zwi-

schzeitlich wesentlich höheren Projektrisikos programmiert. Daneben hat sich der 10-Jahreszins seit Anfang 2005 um rund 1,4 Prozent pro Jahr erhöht.“ Und ebenso wie für Evonik in Herne komme eine erhebliche Steigerung der Kosten für CO₂-Zertifikate ab 2013 hinzu. Erwartet würden, so Hofnagel und Wilmes Preise für den Kohlendioxidhandel von bis zu 57 Euro pro Tonne - bei 22 Euro werde aber bereits „ein wesentlicher Kostenfaktor für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erreicht“. Schließlich drohe größeres Kostenrisiko auch durch die Festlegung auf den Einsatz von Importkohle, deren Preis „nachfrageinduziert“ sicher steigen werde. Die Marktrisiken müssten von den Trianel-Gesellschaftern und damit auch von den Lünen Stadtwerken übernommen werden. Die GFL zweifelt übrigens an, dass Lünen durch das Trianel-Kraftwerk Gewerbesteuerzahlung in zweistelliger Millionenhöhe zu erwarten habe. Dieser Betrag, so Wilmes und Hofnagel, sei an keiner Stelle belegt. Daraus ergebe sich, so die GFL, die Frage: „Was wird im Haushalt der Stadt letztendlich netto ankommen?“

Lünen habe die „Handlungsoption Projektausstieg“, so Hofnagel und Wilmes: „Diesen Rückzug fordert die GFL ausdrücklich, um den absehbaren wirtschaftlichen Schaden zu minimieren.“